



Presseinformation

Nr. 211/2011

Kiel, Mittwoch, 6. April 2011

Basisfallwert / Grüne

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Günther Hildebrand, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Anita Klahn: Probleme des UK S-H löst man nicht mit Populismus!

Zur Pressemitteilung der Grünen (216.11) erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Die Aussagen von Frau Dr. Bohn fallen in den Bereich unterste Schublade und sind eine billige Verunglimpfung des Bundesgesundheitsministers. Auf dem Rücken von Patienten und Krankenhausmitarbeitern machen die Grünen populistische Parteipolitik. Das ist bei diesem ernstesten Thema völlig unangemessen.“

An der Gesetzeslage, am Konvergenzpfad und der laufenden Angleichung der Basisfallwerte bis Ende 2014 habe sich durch die Gesundheitsreform im letzten Jahr überhaupt nichts geändert, stellt Klahn fest. Als gesundheitspolitische Sprecherin der Grünen wisse das natürlich auch Frau Dr. Bohn. So schreibt sie in einer Pressemitteilung vom 23.09.2010: „Die im Krankenhausentgeltgesetz **ab 2015** vorgesehene Vereinheitlichung der länderspezifischen Werte auf einen einheitlichen durchschnittlichen Basisfallwert wurde ersatzlos gestrichen.“ Dies lasse sich allerdings schwer mit ihrer heutigen Behauptung in Einklang bringen: „UK S-H in schwerer See – schuld daran ist Rösler“.

„Weiterhin ist bekannt, dass die CSU die weitere Angleichung ab 2015 blockiert hat, da Bayern nicht bereit ist, selbst eine Gleichstellung seiner Krankenhäuser mit beispielsweise den schleswig-holsteinischen Krankenhäusern zu akzeptieren. Der Angriff auf Rösler unter Hinweis auf seine Kandidatur als Parteivorsitzender ist daher ebenso unangemessen wie entlarvend.“

Auch die FDP-Fraktion setze sich nach wie vor für eine weitere Angleichung der Basisfallwerte der schleswig-holsteinischen Krankenhäuser ab 2015 ein. Gesundheitsminister Dr. Heiner Garg habe deshalb bereits im letzten Jahr erfolgreich eine Initiative in den Bundesrat eingebracht, die die Verbesserung der Erlössituation der Krankenhäuser im Land ab 2015 in der geplanten Form vorsah, so Klahn.

„Es ist offensichtlich, dass die Gesundheitsreform im letzten Jahr in gar keinem Zusammenhang mit der aktuellen (Finanz-)Situation des UK S-H steht. Die bestehenden Probleme des UK S-H dem Bundesgesundheitsminister anzulasten, ist daher völlig abwegig.“ Insbesondere das Milliardenloch im Investitionsbereich gehe auf eine verfehlte Politik der Vorgängerregierungen zurück. Wenn die Grünen glauben, hier könne man „auf einen Schlag“ etwas lösen, zeige das ihr oberflächliches Politikverständnis, so Klahn abschließend.